

sibel vollzogenen Gratwanderung zwischen der permanenten Präzisierung ihrer Fragestellungen und der theoriegeleiteten Auswahl der Erzählpassagen entstehen – ohne prätentiose Theorie-sprache – neue Einsichten in die Handlungsbedingungen und Erfahrungsweisen von Fabriksarbeiterinnen.

Reinhard Sieder, Wien

Peter Wilding, „...für Arbeit und Brot“. Arbeitslose in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich (mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark) (Materialien zur Arbeiterbewegung 55), Europaverlag: Wien 1990.

Das Buch von Peter Wilding spiegelt die Dilemmata wider, in welchen die historische Arbeitslosenforschung in Österreich steckt. Seit der Dissertation von Dieter Stiefel, die 1979 unter dem Titel „Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen, am Beispiel Österreichs 1918–1938“ veröffentlicht wurde, ist keine größere Studie zu diesem Thema mehr erschienen. Arbeitslosigkeit und v.a. deren Auswirkungen auf die politische und soziale Entwicklung der Ersten Republik wurde zwar als wichtiges Thema angesehen, über bloße Mutmaßungen und einige statistische Korrelationen mit „Sozialindikatoren“ kamen die meisten Beiträge jedoch nicht hinaus. Dazu kommt die Existenz einer zeitgenössischen Studie, deren Methodik noch

heute als durchaus „modern“ gilt und deren Ergebnisse man „bloß“ zu übernehmen braucht, um Wesentliches über die Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren sagen zu können: „Die Arbeitslosen von Marienthal“ mußten oftmals als eine Art von Steinbruch herhalten, der nahezu beliebig ausgebeutet werden konnte. So kam es zu einer Reihe von pars pro toto Übertragungen aus Marienthal, wobei die Ergebnisse der Studie als für ganz Österreich gültig angenommen wurden (etwa bei Stiefel). Erst Hans Safrian konnte mit einer oral history-Untersuchung für Wien (1984) einiges revidieren. Daneben gibt es Diplomarbeiten und Aufsätze mit meist spezifischen Fragestellungen sowie die Dissertation von Ulrike Weber (1986) über die wirtschaftspolitischen Strategien der freien Gewerkschaften.

W. legt nun eine Untersuchung über Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenprotest mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark (wie es im Untertitel heißt) vor. Im Hauptteil des Buches setzt er sich mit den verschiedenen Aspekten der sog. „Arbeitslosenfrage“ auseinander. Die Positionen der Parteien, der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer zu diversen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden ausführlich referiert. Daran schließt ein knapperes Kapitel über Arbeitslosenprotest und -bewegung an. Allerdings ist das nicht der einzige Ort, an dem von „Protest“ und „Bewegung“ die Rede ist. In einem etwa hundertseitigen „Vorspann“, der mit der eigentlichen

Untersuchung in einem nicht leicht zu beschreibenden Zusammenhang steht, wird nicht nur über Geschichte und Soziologie der Arbeitslosigkeit, über Sozialpolitik und psycho-soziale Folgen von Arbeitslosigkeit geschrieben, sondern auch über historische Protestforschung und die Geschichte der Arbeitslosenbewegungen sowie über Arbeitslosigkeit als Gewalt- und Streikursache. Bei dieser Art der aufgesplitterten Behandlung von Phänomenen ergeben sich strukturelle Probleme, die hier an einigen wenigen Beispielen verdeutlicht werden sollen. Neben bei dieser Darstellungsweise wohl unvermeidlichen Wiederholungen – so kehren Passagen aus dem Abschnitt „Geschichte der Arbeitslosigkeit“ fast wortwörtlich in „Soziologie der Arbeitslosigkeit“ wieder – kommt es zu inhaltlich problematischen Aufspaltungen, wenn etwa die „Funktionen von Arbeit“ getrennt werden von den „Psycho-sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit“. Zwischen diesen beiden Abschnitten liegen etwa 40 Seiten, in denen es um ganz andere Dinge geht, sodaß ein argumentativer Zusammenhang nicht einmal in Ansätzen feststellbar ist. Weiters schreibt W. am Beginn des Abschnitts über das „Politische Konfliktpotential von Arbeitslosen“ (44 ff.), daß es für England und die USA Beispiele einer „wirksamen Arbeitslosenbewegung“ gebe. In der Folge muß er aufgrund der Rezeption von soziologischer und historischer Literatur feststellen, daß nahezu alle Voraussetzungen *gegen* eine erfolgreiche Arbeitslosenbewegung sprechen. Liest man nun

den Abschnitt über die „Geschichte der Arbeitslosenbewegungen“ (68 ff.) in Hinblick auf die Frage, wie trotz der allgemein ungünstigen Bedingungen eine „wirksame“ Bewegung möglich war, so muß man sich mit der Behauptung begnügen, daß etwa in England „beispielhafte Formen der Aktivierung von Arbeitslosen“ gefunden wurden. Abgesehen davon, daß W. hier einer insgesamt zu positiven Wertung der britischen N.U.W.M. durch eine einseitige Literaturrezeption aufsitzt, kann er den immanenten Widerspruch zwischen den von ihm zitierten soziologischen Theorien und der scheinbaren historischen Evidenz einer „wirksamen Arbeitslosenbewegung“ nicht auflösen.

Das zuletzt genannte Beispiel verweist nicht nur auf Strukturprobleme, sondern auch auf die ungenügende Integration neuerer Forschungsergebnisse. Dies fällt besonders im Abschnitt „Folgen der Arbeitslosigkeit“ (59 ff.) ins Gewicht: W. gibt zwar recht ausführlich die Untersuchung Safrians wieder, die für Wien teilweise völlig andere Verarbeitungsformen aufwies, als v.a. die bekannte Forschergruppe für Marienthal feststellen mußte, trotzdem zitiert W. anschließend als „den Konsens“ für die Konsequenzen von Arbeitslosigkeit eine Aussage von Evans: „Another major political consequence of mass unemployment was a fatal weakening of working-class solidarity, a division of the labour movement, which made it all the more difficult for the working class to mount any effective resistance to the Nazi seizure of power and the destruction of

working-class organisations“ (65). Abgesehen davon, daß sich diese Aussage auf die Weimarer Republik bezieht und in ihrer Allgemeinheit als problematisch, wenn nicht falsch bezeichnet werden muß, kann sie keineswegs als für die Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit generell gültig angesehen werden. Die Übernahme dieses Zitats verwundert umso mehr, als W. wenige Seiten später der englischen Arbeitslosenbewegung die „Verhinderung einer Spaltung zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen“ (69) zugutehält und Wal Hannington, einen prominenten Führer der N.U.W.M., zustimmend mit der Aussage zitiert, „that the Fascist Party finds little support at present among the workers in the Distressed Areas“.

Durch diese Art von Zusammenfassungen nimmt W. viel von den Differenzierungen wieder zurück, die er zunächst mit Hilfe neuerer Literatur getroffen hat. Dies zeigt sich auch beim Abschnitt „Arbeitslosigkeit und Nationalsozialismus“: W. gibt hier die Untersuchungen Falter's u.a. zum Wählerverhalten in der Weimarer Republik genau wieder und schließt sich weitgehend der Auffassung an, daß es nicht die Arbeitslosen waren, die der NSDAP den riesigen Stimmenzuwachs gebracht haben. Nur in einem „sehr vermittelten Sinn“ sei die Auffassung gerechtfertigt, daß die Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt habe. Im Schlußkapitel des Buches heißt es dann allerdings in einer common sense-Zusammenfassung: „Ohne den Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und

-verelendung und der ungenügenden Problemwahrnehmung und Problembearbeitung lassen sich diese Entwicklungen [Beseitigung der Demokratie, Anm. d. Verf.] und der Erfolg des Nationalsozialismus nicht ‚verstehen‘ und noch weniger erklären“ (299). Auch wenn das vorliegende Buch keine Spezialuntersuchung zu diesem Thema ist, hätte man sich an dieser Stelle doch präzisere Aussagen gewünscht.

Leider ist das nicht die einzige Stelle, an der W. Erklärungen schuldig bleibt: So listet er in der Einleitung eine lange Reihe von Fragen auf, die einen extensiven Anspruch erheben. Sieht man sich die eineinhalb Seiten umfassende Liste durch, die beinahe alles enthält, was in Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung gefragt werden kann, muß man wohl von Überforderung sprechen. Insgesamt scheint dieser Fragenkatalog später hinzugefügt, der theoretische Zugang wirkt bloß aufgesetzt, die Analyse wird nicht entwickelt. Viele dieser Fragen würden zu einer befriedigenden Beantwortung Spezialuntersuchungen bedingen, die aber gerade für Österreich nicht vorliegen. W. behilft sich in solchen Fällen damit, daß er (oftmals ausländische) Beispiele aus der Sekundärliteratur heranzieht. Das kann, wenn es als Vergleich gekennzeichnet ist, nützliche Einsichten vermitteln. Wenn damit allerdings Lücken – sei es in der eigenen Forschung, sei es in der vorliegenden Literatur – verdeckt werden sollen, dann grenzt das an Fahrlässigkeit. W.

beschreibt im Rahmen des Abschnitts „Politische Diskussion der Arbeitslosenfrage“ ihre Behandlung im Parlament, im Grazer Gemeinderat und im steiermärkischen Landtag, um danach auf die gewerkschaftliche und die sozialdemokratische Arbeitslosenpolitik einzugehen. Hier stützt er sich auf eigene Quellenarbeit, zusätzlich liegen dazu eine Reihe von Veröffentlichungen vor, insbesondere die schon erwähnte Arbeit von Weber. Der unmittelbar anschließende Teil über „Kommunistische Arbeitslosenpolitik“ wird ausschließlich mit Hilfe von Veröffentlichungen bestritten, die sich mit der Erwerbslosenpolitik der KPD beschäftigen. Trotzdem heißt es am Ende dieses Teils: „Zusammenfassend: zu Beginn der Ersten Republik war das Interesse der KP an der Arbeitslosenpolitik gering“ (207). W. nimmt hier eine Extrapolation aus deutscher Sicht vor, die zwar – angesichts der Bedeutung der politischen Vorgaben der Komintern für die einzelnen kommunistischen Parteien – wahrscheinlich auch für die KPÖ zutreffend ist, die sich aber auf keinerlei österreichische Quellen stützen kann.

Somit werden zwar Fragen beantwortet, aber nicht unbedingt mit Hilfe des Materials, das man sich in einer Arbeit über Österreich bzw. die Steiermark erwarten würde. Daß die folgenden Teile dieses Abschnitts mit einer österreichischen Quelle bestritten werden, und zwar mit einer Artikelserie in der „Arbeiterstimme“ und im „Mahnruf“ von Josef Frey, des Gründers der „KPÖ (Opposition)“, ändert nichts an

der geäußerten Kritik, da diese Teile unverbunden nebeneinander stehen. Allerdings – und hier zeigen sich die Defizite der Untersuchung W.s in focussierter Weise – ist diese Quelle wiederum nicht für Österreich repräsentativ: Die hier als „Politische Selbsteinschätzung der Arbeitslosenbewegung“ wiedergegebene Artikelserie entspricht der Meinung der trotzkistischen Opposition und nicht der der KPÖ. Nun war die KPÖ/Opposition ausgerechnet in Graz (neben Voitsberg und etwa Hainburg) besonders stark und kann deshalb dort mit Fug und Recht als eigentliche Vertreterin der Arbeitslosen angesehen werden. Gesamtösterreichisch gesehen war die Situation aber genau umgekehrt: Die an sich schon kleine KPÖ hatte mit ca. 3400 Mitgliedern immer noch das Zehnfache der KPÖ/Opposition, deren Mitgliedszahl auf 200–300 geschätzt wird (vgl. Schafranek 1988). W. kennzeichnet dies jedoch nicht als Grazer oder steirische Spezifika, sondern er bezeichnet die erwähnte Artikelserie als wichtige Quelle für das Selbstverständnis „der wichtigsten kommunistischen Fraktion in der österreichischen Arbeitslosenbewegung“ (207). Hier wird also das Besondere der Grazer Situation nicht berücksichtigt, und es werden regionale Spezifika ebenso auf die gesamtösterreichischen Verhältnisse übertragen wie das umgekehrt zuvor bei der deutschen Arbeitslosenpolitik passierte.

W.s Untersuchung wird damit weder der Lage von Arbeitslosen in Österreich gerecht (dazu müßten die steirischen Besonderheiten genauer ausge-

wiesen werden), noch ist sie eine regional dichte Studie, die ein plastisches Bild der Situation in der Steiermark entstehen ließe. Für die historische Arbeitslosenforschung bleibt zu konstatieren, daß sich seit der Arbeit Stiefels nicht allzu viel geändert hat: sowohl regional orientierte Studien als auch eine große zusammenfassende Schau der bisher vorliegenden Ergebnisse für Österreich bleiben ein Desideratum.

Wolfgang Russ, Wien

Zitierte Literatur:

Hans Safrian, „Wir ham die Zeit der Arbeitslosigkeit schon richtig genossen auch“, in: Gerhard Botz u. Josef Weidenholzer, Hg., Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung (Materialien zur Historischen Sozialwissenschaft 2), Wien 1984, 293–331.

Hans Schafranek, Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei, Wien 1988.

Dieter Stiefel, Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen, am Beispiel Österreichs 1918–1938, Berlin 1979.

Ulrike Weber, Wirtschaftspolitische Strategien der freien Gewerkschaften in der Ersten Republik: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Diss. Wien 1986.

Martha Verdorfer, Zweierlei Faschismus. Alltagserfahrungen in Südtirol 1918–1945, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1990.

Bis vor wenigen Jahren beruhte ein wesentlicher Teil der Publikationen zur Südtiroler Geschichte 1918–1945 auf fol-

gender historiographischer Grundfigur, die sich in komprimierter Fassung ungefähr so ausnimmt:

„Nach dem 1. Weltkrieg mußte das im Felde unbesiegte Österreich Südtirol an die verräterische Räubernation Italien abtreten, die – entgegen anfänglichen Autonomieversprechungen – eine konsequente und brutale Entnationalisierungspolitik betrieb. Die Bevölkerung setzte dieser Kampagne zwar keinen offenen Widerstand entgegen, sie unterließ jedoch die Versuche kultureller, wirtschaftlicher und „volklicher“ Assimilation auf zahlreichen Ebenen. Erst die von den Diktaturen aufgezwungene Option von 1939 mit ihrer grausamen Alternative „Heimat“ oder „Volkstum“ spaltete die geschlossene Abwehrfront der Volksgruppe. Der Krieg setzte der drohenden Abwanderung aller Südtiroler glücklicherweise ein Ende. In der „deutschen Zeit“ 1943–45 setzte eine ethnische und kulturelle Festigung der Volksgruppe ein, an der sie in der Nachkriegszeit beinahe nahtlos anknüpfen konnte.“

Die politische Funktion dieses historiographischen Leitmotivs ist evident: Die Charakterisierung der Südtiroler als Opfer der beiden Faschismen sollte ihre Autonomieansprüche legitimieren und der Integration und Konsolidierung der deutschsprachigen Bevölkerung dienen. Die Darstellung Südtirols als „Land im Leid“ (C. Gatterer) beruhte auf drei Grundvoraussetzungen:

1. Die Südtiroler Gesellschaft wurde nicht als heterogene, differenzierte und antagonistische Klassengesellschaft be-